

Erfurt, 20.01.2010

Einladung zur Informationsveranstaltung: Straßenausbaubeiträge in Thüringen

Das im Auftrag des Innenministeriums durch den Jenaer Rechtsprofessor Michael Brenner erstellte Gutachten zur möglichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Thüringen kommt zu dem Ergebnis, dass ein Absehen von der gesetzlichen Pflicht zur Beitragserhebung in Thüringen verfassungswidrig und damit nicht möglich sei.

Es stützt die Haltung des Innenministers und damit dessen Forderung nach bis 1991 rückwirkender Zahlung der versäumten Beiträge. Es kommt insofern nicht überraschend. Merkwürdig aber ist, warum in Thüringen etwas verfassungswidrig sein soll, was in Baden-Württemberg möglich ist und sich bewährt hat. Auch in Sachsen gilt eine Regelung, nach der die Frage der Beitragserhebung in Verantwortung der Kommunen liegt, die selbst entscheiden können, ob und in welcher Höhe Beiträge von den Grundstückseigentümern erhoben werden.

Das Gutachten und die möglichen Folgen für Kommunen und Beitragszahler sowie das Aufzeigen von Alternativen sollen daher Gegenstand einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE am

**28. Januar 2010 um 17.00 Uhr
im Thüringer Landtag Raum 201**

sein, zu der hiermit herzlich eingeladen wird.

Um Teilnahmebestätigung bei Frau Kölbel 0361/377-2637 bzw. koelbel@die-linke-thl.de wird gebeten.